

März 2026

Ratsbericht

Europabüro Brüssel



Zwischen ungarischer Blockade, Iran-Krieg und Erfolgen bei der Wettbewerbsfähigkeit: Gemischte Bilanz beim Frühjahrs-Gipfel der EU

Europäischer Ratsgipfel am 19. März 2026

Dr. Beatrice Gorawantschy, Jonas Althoff, Tim Hellmann, Lavinia Klarhöfer, Meike Lenzner, Dr. Friedrich Püttmann¹

An Themen mangelte es dem Frühjahrs-Gipfel der Staats- und Regierungschefs nicht: Mit der Ukraine, dem Nahen Osten, Wettbewerbsfähigkeit, dem Mehrjährigen Finanzrahmen, europäischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Migration und Multilateralismus war die Agenda mehr als prall gefüllt. Doch wo gemeinsame europäische Antworten dringend nötig gewesen wären, blieb der Gipfel vieles schuldig. So gelang es den 27 EU-Mitgliedsstaaten nicht, Orbans Blockade des 90-Milliarden-Euro-Darlehens für die Ukraine zu überwinden. Mit Bezug auf den Iran wurde zumindest die gemeinsame Position der EU in puncto "Das ist nicht unser Krieg" deutlich, letztlich konnte dies aber nicht über die Hilflosigkeit der EU im Umgang mit den Konsequenzen des Krieges hinwegtäuschen. Positive Akzente setzte der Rat hingegen im Bereich Wettbewerbsfähigkeit. Trotz volatiler geopolitischer Lage gelang es, entscheidende Leuchtturmprojekte wie das 28. Regime, die aktuelle Simplifizierungs-Agenda sowie konkrete Maßnahmen auf dem Weg zur Spar- und Investmentunion wesentlich voranzutreiben. So blieb es ein Gipfel mit gemischter Bilanz, der den Ruf nach stärkerer Handlungsfähigkeit der EU mehr denn je in den Vordergrund rückte.

Hintergrund

Nach den beiden Sondergipfeln im Januar und Februar war der Gipfel vom 19. März in Brüssel der erste reguläre Gipfel der europäischen Staats- und Regierungschefs in diesem Jahr. Bereits im Vorfeld war deutlich geworden, dass die Beratungen von der anhaltend volatilen geopolitischen

Weltlage geprägt sein würden, insbesondere durch den Krieg in der Ukraine und die jüngste militärische Eskalation im Nahen Osten.

Um die angespannte Haushaltslage der Ukraine abzufedern und ihre Verteidigungsfähigkeit angesichts des weiterhin andauernden russischen Angriffskriegs zu sichern, hatten sich die Staats- und Regierungschefs im Dezember auf ein Darlehen von 90 Milliarden Euro verständigt. In einem beispiellosen Manöver stellte sich der ungarische Premierminister Viktor Orbán jedoch gegen die Umsetzung der Einigung und knüpfte die Freigabe der Gelder an die Wiederinbetriebnahme der Druschba-Pipeline. Die Pipeline, die durch die Ukraine verläuft, versorgt Ungarn und die Slowakei mit russischem Öl und ist seit Januar wegen russischer Angriffe außer Betrieb. Zwar sagte die Ukraine zuletzt zu, EU-Unterstützung zur Reparatur der Pipeline anzunehmen², doch Orbán hielt dennoch weiterhin an seinem Widerstand fest – nicht zuletzt, um sich innenpolitisch vor den ungarischen Parlamentswahlen am 12. April als Hardliner zu profilieren. Parallel dazu blockierten Ungarn und die Slowakei die Verabschiedung des 20. Sanktionspakets gegenüber Russland.

Neben dem Krieg in der Ukraine prägte insbesondere die militärische Eskalation im Nahen Osten die Debatten im Vorfeld des Gipfels. Nach den jüngsten Militärschlägen Israels und der USA auf den Iran, bei denen unter anderen der "Oberste Führer" des Iran, Ali Chamenei, sowie der iranische Sicherheitschef Ali Laridschani getötet wurden, reagierte Teheran mit umfangreichen Gegenangriffen in der gesamten Golfregion. Zudem veranlasste der Iran eine Blockade der Straße von

¹ Max von Petersdorff hat als Praktikant bei der Erstellung des Dokuments mitgewirkt.

² [Joint statement by President von der Leyen and President Costa on the Druzhba pipeline - Consilium.](#)

Hormus, in Folge derer die Öl- und Energiepreise weltweit stark anstiegen. Auf diese Herausforderung galt es nun, eine gemeinsame europäische Antwort zu finden.

Die Relevanz des eigentlichen Hauptthemas des Gipfels – Wettbewerbsfähigkeit – wurde durch die angespannte geopolitische Lage noch einmal zusätzlich unterstrichen. Im Mittelpunkt standen dabei die Fortführung der Diskussionen des Sondergipfels in Alden Biesen sowie die Weiterentwicklung einer „One Europe, One Market“-Agenda, wie von EU-Ratspräsident António Costa in seinem Einladungsschreiben an die Staats- und Regierungschefs angekündigt.³ Darüber hinaus beriet der Rat über den künftigen Mehrjährigen Finanzrahmen, Fragen der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie – ergänzend – Migration, Multilateralismus, demokratische Resilienz und den Schutz von Kindern im digitalen Raum.

Ergebnisse des Europäischen Rats⁴

Ukraine

Zum mittlerweile sechsten Male gelang es dem Europäischen Rat nicht, eine gemeinsame Erklärung zur Ukraine zu verabschieden. In der Folge mussten erneut zwei getrennte Papiere angenommen werden: die von allen 27 Mitgliedsstaaten verabschiedeten Schlussfolgerungen sowie separate Schlussfolgerungen zur Ukraine, deren Zustimmung sich Ungarn und die Slowakei verweigerten.

In den gemeinsamen Schlussfolgerungen aller 27 EU-Mitgliedsstaaten wird lediglich auf einen Austausch mit dem ukrainischen Präsidenten Selenskyj verwiesen. Die Ukraine-spezifischen Schlussfolgerungen der 25 übrigen Staats- und Regierungschefs fallen hingegen deutlich konkreter aus. Darin bekräftigen diese ihre „anhaltende entschlossene und unerschütterliche Unterstützung für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Unversehrtheit der Ukraine“, würdigen deren Widerstandsfähigkeit, verurteilen die russischen Angriffe auf die Energieinfrastruktur und unterstreichen ihre Entschlossenheit, zu einem Friedensprozess beizutragen. Zudem fordern sie Russland erneut zu einem bedingungslosen Waffenstillstand auf und signalisieren ihre Bereitschaft, im Rahmen einer „Koalition der Willigen“ Sicherheitsgarantien für die Ukraine zu leisten. Auch die EU-Beitrittsperspektive der Ukraine wird in den Schlussfolgerungen ausdrücklich hervorgehoben. Neu ist dabei das Gesuch an den Rat, „die

Cluster [der EU-Beitrittsverhandlungen] [...] unverzüglich zu öffnen“. Ebenso wird die Kommission ersucht, mögliche Risiken für die innere Sicherheitslage der EU durch russische Ex-Kämpfer zu bewerten, geeignete Gegenmaßnahmen zu prüfen und dem Rat anschließend vorzulegen.

Ein Durchbruch bei der Auszahlung des 90 Milliarden schweren Darlehens für die Ukraine konnte hingegen nicht erzielt werden. Trotz enormen Drucks beharrte Orban bis zuletzt auf seiner ablehnenden Haltung, weshalb die Schlussfolgerungen nur darauf hinweisen, dass man der ersten Auszahlung des Darlehens „bis Anfang April erwartungsvoll entgegen[sehe]“. Auch in Bezug auf das 20. Sanktionspaket konnte kein Fortschritt erzielt werden. Stattdessen bekräftigten 25 Staats- und Regierungschefs ihre Erwartung einer baldigen Einigung und unterstrichen erneut die Notwendigkeit, die russischen Einnahmen aus dem Energiesektor weiter zu begrenzen.

Naher Osten

Mit Blick auf die militärische Eskalation im **Iran** und dem Nahen Osten betont der Europäische Rat die Bedrohung für die globale Sicherheitslage und ruft alle Parteien zu Deeskalation und Mäßigung, dem Schutz von Zivilisten sowie der „uneingeschränkten Achtung des Völkerrechts“ auf. In diesem Zuge wird ein Moratorium für Angriffe auf Energie- und Wasserversorgung gefordert.

Die Staats- und Regierungschefs verurteilen die Militärschläge des Iran gegen Länder der Region scharf und fordern ein sofortiges Ende der Angriffe. Zudem solidarisiert sich die EU mit den Mitgliedsstaaten nahe der Region und begrüßt deren Unterstützung, etwa durch verstärkte militärische Präsenz im östlichen Mittelmeer.

Der Rat verurteilt die Einschränkung des Schiffsverkehrs in der Straße von Hormus und spricht sich für die Stärkung der defensiven EU-Marineoperationen ASPIDES und ATALANTA aus, betont jedoch die Grenzen ihrer Mandate nach Diskussionen um einen möglichen Einsatz in der Straße von Hormus. Der Rat begrüßt die von den Mitgliedstaaten angekündigten Bemühungen zur Sicherung der Meerenge, knüpft diese jedoch an Bedingungen. Dies folgt der Linie einer gemeinsamen Erklärung von Deutschland, Frankreich, Italien und den Niederlanden sowie Japan, Kanada und Großbritannien.⁵

³ [European Council of 19-20 March 2026 - Invitation letter by President António Costa to the members of the European Council - Consilium.](#)

⁴ Hauptquelle, die dieser Publikation zu Grunde liegt, sind die offiziellen Ratsschlussfolgerungen: [de-20260319-european-council-conclusions.pdf](#). Schlussfolgerungen zur Ukraine: [Europäischer Rat, 19. März 2026, zum Thema Ukraine - Consilium.](#)

⁵ [Joint statement by the leaders of France, Germany, the United Kingdom, Italy, the Netherlands, Japan and Canada on the Strait of Hormuz.](#)

Um die Interessen und die Sicherheit der EU zu schützen, soll die Kommission die Auswirkungen des Konfliktes in puncto Energieversorgung und Migration beobachten und gegebenenfalls Maßnahmen vorschlagen. Eventuelle unkontrollierte Migrationsströme in die EU sollen verhindern werden. Zudem wird die Bereitschaft der EU betont, mit regionalen Partnern zur Deeskalation sowie zu einem nachhaltigen Ende der Feindseligkeiten beizutragen.

Gegenüber dem Iran bekräftigt der Rat, dass das Land niemals in den Besitz einer Nuklearwaffe gelangen dürfe, sich an den Atomwaffensperrvertrag halten und die gewaltsame Repression der eigenen Bevölkerung beenden solle.

Mit Blick auf **Gaza** und das **Westjordanland** enthalten die Schlussfolgerungen keine wesentlichen Neuerungen: Der Rat zeigt sich zutiefst besorgt über die sich verschlechternde Lage und bekräftigt seine Unterstützung für die Zwei-Staaten-Lösung. Ebenso wird die Forderung nach einer Wahrung der Waffenruhe sowie der vollständigen Umsetzung des Plans zur Beendigung des Gaza-Konflikts erneuert und die Bereitschaft der EU zur Mitwirkung daran betont, u.a. anhand bestehender Missionen (EU Bam Rafah).

Angesichts der nach wie vor verheerenden humanitären Lage wird Israel vom Rat erneut aufgefordert, ungehinderten humanitären Zugang nach Gaza zuzulassen und seinen völkerrechtlichen Verpflichtungen nachzukommen. Zugleich unterstreicht der Rat die Bereitschaft der EU zur Mitwirkung beim Wiederaufbau Gazas. Erneut verurteilt wird Israels rechtswidrige Siedlungsausweitung im Westjordanland sowie die zunehmende Siedlergewalt, weshalb Sanktionen gegen extremistische Siedler erwogen werden.

Mit Blick auf den **Libanon** äußert der Rat tiefe Sorge über die zunehmenden Feindseligkeiten sowie deren Folgen für die Zivilbevölkerung, wie die massiven Vertreibungen. Daher ruft der Rat zur Deeskalation und zum Schutz der Zivilbevölkerung sowie ziviler Infrastruktur auf, sagt humanitäre Hilfe zu und bekräftigt seine Unterstützung des Staates. Der Angriff der Hisbollah auf Israel wird auf Schärfste verurteilt. Zugleich fordert der Rat alle Parteien zur Einhaltung des Waffenstillstandsabkommens von November 2024 auf und appelliert an Israel, von weiteren Eskalationen abzusehen. Angriffe auf die UN- Friedensmission UNIFIL werden ebenfalls angeprangert.

Wettbewerbsfähigkeit und MFF

Im Bereich der Wettbewerbsfähigkeit hat der Europäische Rat den Start einer ‚One Europe, One Market‘-Agenda beschlossen, die bis spätestens

2027 implementiert werden soll. Diese soll Maßnahmen enthalten, die europäische Wettbewerbsfähigkeit, Resilienz und strategische Autonomie stärken.

Zur Stärkung des Binnenmarktes haben sich die Staats- und Regierungschefs darauf geeinigt, dass das ‚28. Regime‘ als gesellschaftsrechtlicher Rahmen bis Ende 2026 auf Basis des Legislativvorschlags der Kommission vom 18. März 2026 beschlossen werden soll.

Eine weitere Priorität in den Schlussfolgerungen des Rates liegt auf der Simplifizierung und Reduzierung der administrativen Bürden innerhalb der EU. Hierzu sollen die ausstehenden Omnibus-Pakete zur Simplifizierung von Regeln bis 2026 beendet und zusätzlich weitere Omnibus-Pakete zur Regelvereinfachung auf den Weg gebracht werden.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Geschehnisse im Nahen Osten betonen die Ratsbeschlüsse die Bedeutung günstiger Energiepreise in der EU. Dazu soll die Implementierung der ‚Energy Union 2030‘ beschleunigt werden. Kurzfristig rief der Rat die Kommission zudem auf, Sofortmaßnahmen zur Reduzierung der durch den Konflikt im Nahen Osten gestiegenen Energiepreise vorzulegen.

Der Rat fordert die Kommission außerdem dazu auf, bis spätestens Juli 2026 eine Überarbeitung des Emissionshandelssystems (ETS) vorzulegen, um die Volatilität der CO₂-Preise sowie deren Auswirkungen auf die Strompreise zu adressieren und gleichzeitig die wichtige Rolle dieses Instruments zu erhalten. Darüber hinaus fordert der Rat, einem ‚Grids Package‘ zum Ausbau der Netzinfrastuktur im Jahr 2026 zuzustimmen.

Der Rat fasste zudem mehrere Beschlüsse mit den Zielen der Stärkung der europäischen Industrie, der Innovationsförderung sowie der Reduzierung von Abhängigkeiten. Dabei betonte der Rat die Wichtigkeit der verhältnismäßigen Implementierung einer ‚European Preference‘ in bestimmten strategischen Sektoren und Technologien. Zudem soll von den beiden gesetzgebenden Organen bis Ende 2026 ein ‚Industrial Accelerator Act‘ unter Berücksichtigung der internationalen Verpflichtungen der EU vereinbart werden.

Zur Mobilisierung von Investitionen in der EU formuliert der Rat das Ziel einer ‚Savings and Investment Union‘ mit einem EU-weit integrierten Kapitalmarkt. Der Europäische Rat fordert die beiden gesetzgebenden Organe auf, die Verhandlungen über die dafür nötigen Gesetzesschritte bis 2026 abzuschließen. Dazu gehören unter anderem die Verhandlungen über einen Gesetzesentwurf zum digitalen Euro, zur Verbriefung, zu Zusatzrenten

sowie zum Paket zur Marktintegration und Marktaufsicht.

Europäische Sicherheit und Verteidigung

Da Russlands Krieg in der Ukraine weiterhin eine existenzielle Herausforderung für die Union ist, betont der Rat erneut, Europas Verteidigungsbereitschaft bis zum Jahr 2030 entscheidend zu erhöhen, strategische Abhängigkeiten zu reduzieren und Fähigkeitslücken zu schließen.

Darum ruft der Rat dazu auf, die aktuellen Anstrengungen zu beschleunigen. Fähigkeitslücken sollen in vollständigem Einklang mit der NATO geschlossen werden. Dies beinhalte u.a. Drohnenentwicklung, den Schutz der Ostflanke, Frühwarnsysteme, Luftabwehr und militärische Fähigkeiten im Weltraum. Die Implementierung der Finanzierungsinstrumente SAFE und EDIP habe besondere Dringlichkeit. Im Lichte möglicher globaler Lieferkettenausfälle solle die Verteidigungsindustrie ihre Produktion hochfahren. In diesem Zusammenhang unterstreicht der Rat die Bestrebungen zu einem europäischen Binnenmarkt für Verteidigung und fordert die Co-Gesetzgeber auf, die Arbeit am "Defense Readiness Omnibus" zu finalisieren. Ebenso solle die Europäische Verteidigungsagentur bis Juni 2026 die Arbeiten an einer gemeinsamen Beschaffung abschließen. Der Rat betont nicht nur, wie wichtig Fortschritte hin zu einer grenzüberschreitenden militärischen Mobilität seien, sondern auch die Lehren, die man in punkto Innovationskraft aus dem Ukrainekrieg ziehen könne.

Aufgrund der Auswirkungen des Konflikts im Nahen Osten, sowie den andauernden Bedrohungen durch Russland und Belarus, betonen die Staats- und Regierungschefs, dass die Verteidigung aller EU-Grenzen die Sicherheit Europas als Ganzes stärkt. Die EU solle zudem verstärkt mit gleichgesinnten Partnern in der Außen- und Sicherheitspolitik zusammenarbeiten. Schließlich wird die Hohe Repräsentantin, Kaja Kallas, beauftragt, die im Strategischen Kompass 2022 festgehaltene Bedrohungslage in einem allumfassenden Ansatz in Koordination mit den Mitgliedsstaaten zu aktualisieren.

Migration

Wie auch bei den vorherigen Gipfeln überprüfte der Rat die Fortschritte bei der Umsetzung seiner früheren Schlussfolgerungen und untermauert, Migration weiterhin als eine Priorität zu behandeln. Insbesondere die externe Dimension und der Abschluss umfassender Partnerschaften mit

Drittstaaten – also die Migrationsdiplomatie der EU – müssten im Fokus stehen.

Multilateralismus

Wie auch in vergangenen Schlussfolgerungen spricht sich der Rat vor dem Hintergrund, dass in der aktuellen geopolitischen Lage der Multilateralismus und das Völkerrecht unter Druck geraten, dafür aus, die UN-Charta aufrecht zu erhalten, insbesondere den Prinzipien der Souveränität, territorialen Integrität, politischen Unabhängigkeit und Selbstbestimmung.

Demokratische Resilienz

In puncto demokratische Resilienz betont der Rat die Verantwortung von Online-Plattformen und die Bedeutung der Anwendung des Digital Services Acts zur Stärkung der Resilienz gegen Desinformation und hybride Bedrohungen sowie den Schutz von Demokratie, Medien und Zivilgesellschaft in Europa.

Social Media

Der Rat betont zudem die Bedeutung des Schutzes von Minderjährigen im digitalen Raum, insbesondere durch die Umsetzung der Leitlinien des Digital Services Acts zum Schutz von Minderjährigen.

Dnister-Fluss

Zuletzt spricht der Europäische Rat der Republik Moldau seine Solidarität und Unterstützung aus, nachdem der Dnister-Fluss durch russische Angriffe auf die Ukraine kontaminiert wurde.

Kommentar

Ukraine

Für die Ukraine können die Ergebnisse des Gipfels nur als enttäuschend gewertet werden. Weder gelang es der EU, die Blockade des 90-Milliarden-Euro-Darlehens zu überwinden, noch gelang es ihr, Fortschritte in Bezug auf das 20. Sanktionspaket zu verzeichnen. Dass dies maßgeblich mit der innenpolitischen Lage in Ungarn und dem dort laufenden Wahlkampf zusammenhängt, ist offensichtlich.⁶ Denn Orban hat wiederholt gezeigt, dass es ihm weniger um die Sache selbst als um reines politisches Kalkül geht: Weder die kurz vor dem Gipfel organisierte EU-Mission zur Unterstützung der Reparatur der Pipeline noch alternative Lieferzusagen, etwa aus Kroatien, konnten Orban letztendlich zum Einlenken bewegen.⁷

Damit nimmt Orban nicht nur die EU, sondern auch die Ukraine in Geiselschaft – ein Verhalten, das von Costa zu Recht als "inakzeptabel" kritisierte.⁸

⁶ Orbán's election campaign comes to Brussels – POLITICO

⁷ EU leaders fail to unblock €90B Ukraine loan – POLITICO

⁸ Ibid.

Doch der Vorgang wiegt noch weitaus schwerer: Er rüttelt an den Grundprinzipien der europäischen Zusammenarbeit. Denn wenn bereits erzielte Einigungen nachträglich einseitig infrage gestellt werden, verliert politische Verlässlichkeit ihren Wert. Was bleibt also noch vom Prinzip der „aufrichtigen Zusammenarbeit“?⁹

Zuletzt wirft diese Episode auch ein Schlaglicht auf die Glaubwürdigkeit und Handlungsfähigkeit der EU insgesamt. Kann die EU unter diesen Bedingungen noch als ein verlässlicher und handlungsfähiger Partner für ein angegriffenes Land wie die Ukraine gelten? Eines ist jedenfalls sicher: Der Vorgang offenbart die strukturelle Paralyse der Union und unterstreicht deren dringenden Reformbedarf. Der größte Verlierer bleibt jedoch die Ukraine, die trotz des anhaltenden Angriffskriegs und bemerkenswerter Resilienz weiterhin auf dringend benötigte Unterstützung warten muss. Ob die 25 Staats- und Regierungschefs eine alternative Lösung vorlegen können, um den ukrainischen Finanzbedarf dennoch zu decken – wie von Kommissionspräsidentin von der Leyen am Ende des Gipfels zugesagt –, bleibt ebenso abzuwarten wie ein mögliches Ende des ungarischen Vetos nach den Wahlen am 12. April.¹⁰

Naher Osten

Mit Blick auf den Iran ist in den Schlussfolgerungen nach anfänglichem Ringen eine gemeinsame Linie erkennbar: Dies sei nicht der Krieg der EU.¹¹ Daher werden sich die europäischen NATO-Mitglieder, nicht wie von Präsident Trump gefordert, militärisch an der Sicherung der Straße von Hormus beteiligen; auch der erwogene Einsatz der EU-Marineoperation ASPIDES ist vorerst vom Tisch.¹² Die Schlussfolgerungen nannten „Bedingungen“ für eine Unterstützung; dies impliziert ein Ende der Kampfhandlungen und ein internationales Mandat.

Die EU ist seit Kriegsbeginn in dem von Bundeskanzler Friedrich Merz beschriebenen Dilemma bezüglich der Einordnung des Krieges.¹³ Während Spanien die Angriffe der USA und Israel nach Kriegsbeginn als völkerrechtswidrig verurteilt hat,

hielten sich die meisten Mitgliedsstaaten mit Verurteilungen zurück.¹⁴ In einem gemeinsamen Statement vom 1. März verurteilten Deutschland, Frankreich und Großbritannien die iranischen Gegenangriffe scharf und betonten die Bereitschaft, die eigenen Interessen sowie die der Verbündeten in der Region zu verteidigen.¹⁵

Kommissionspräsidentin von der Leyen vertrat in ihrer Rede bei der jährlichen EU-Botschafterkonferenz die These, dass die Frage der Rechtmäßigkeit des Krieges das Thema verfehle und Europa die Realität der neuen Weltordnung akzeptieren müsse.¹⁶

Im Endeffekt appellieren die Schlussfolgerungen an Deeskalation seitens aller Parteien mit einem deutlichen Verweis auf die Wahrung des internationalen Rechts – ein Balanceakt, der direkte Kritik an den USA vermeidet.¹⁷ Insgesamt offenbart der Umgang der EU mit dem Konflikt, dass Europa lediglich als Zuschauer anstatt als Vermittler auftritt – anders als noch bei den Verhandlungen des internationalen Abkommens zum iranischen Atomprogramm von 2015.¹⁸ Aufgrund der europäischen Abhängigkeit von Sicherheitsgarantien der USA ist diese Zurückhaltung auch dem „Dilemma Trump“ geschuldet, nämlich der Sorge, Präsident Trump kurz nach der Grönlandkrise zu brüskieren und dadurch sein Bekenntnis zur NATO sowie die Zusammenarbeit bei den Friedensverhandlungen mit der Ukraine zu gefährden.¹⁹ Somit offenbart der Irankrieg erneut die Kluft zwischen den geopolitischen Ambitionen und der Handlungsfähigkeit der EU.

Wettbewerbsfähigkeit und MFF

Der EU-Rat stand dieses Mal vor dem schwierigen Balanceakt, einerseits konkrete Fortschritte bei der Wettbewerbsfähigkeit zu erzielen und andererseits das dringende Energiekrisenmanagement zu bewältigen.²⁰ Der Gipfel sollte vor allem die Ergebnisse des informellen Leaders Retreat vom 12. Februar in Alden Biesen zur Wettbewerbsfähigkeit aufgreifen, doch die militärische Eskalation im Nahen Osten verschob den Fokus auf die Senkung der Energie- und Strompreise und die Sicherung

⁹ [Orbán's last stand: EU braces for showdown over €90B Ukraine loan – POLITICO](#)

¹⁰ [EU leaders fail to unblock €90B Ukraine loan – POLITICO](#)

¹¹ ['Not our war': Europe says no to Trump | Reuters](#)

¹² [EU has 'no appetite' to expand Mideast naval mission to Strait of Hormuz, Kallas says | Reuters](#)

¹³ [Iran: Friedrich Merz sieht Angriffe auf den Iran "nicht ohne Risiko" | DIE ZEIT](#)

¹⁴ [Europe's Disjointed Response to the War With Iran | Council on Foreign Relations](#)

¹⁵ [E3 Statement on indiscriminate Iranian attacks on countries in the region](#)

¹⁶ [Von der Leyen rechnet mit EU-Außenpolitik ab | FAZ](#)

¹⁷ ['Not our war': Europe says no to Trump | Reuters](#)

¹⁸ [Vom Vermittler zum Zuschauer: Europas Problem mit Iran](#)

¹⁹ [Europe Paralyzed As Middle East War Exposes Strategic Weakness - Global Financial Market Review](#)

²⁰ [Iran war turns EU leaders' summit into an energy showdown – POLITICO](#)

der Energieversorgung. Neben kurzfristigen Maßnahmen wurde die Überarbeitung des Emissionshandelssystems (ETS) und der Ausbau der Netzinfrastuktur als dringliche Themen erkannt.²¹ Dennoch wurden auch konkrete Zielvorgaben bei der Umsetzung des Leuchtturmprojektes '28. Regime' zur Harmonisierung des Gesellschaftsrechts als wichtiger Schritt zur Förderung innovativer Unternehmen, Start-Ups und KMUs in der EU erzielt. Zudem wurden wesentliche Schritte zur Schaffung einer Spar- und Investmentunion bis Ende 2026 definiert, die das Investitionsklima in der EU verbessern sollen. Um die industrielle Basis Europas zu schützen und gleichzeitig die Handels- und Investitionsbeziehungen weiter diversifizieren zu können, wird die Etablierung einer gezielten und verhältnismäßigen „Europäischen Präferenz“ in strategischen Sektoren und Technologien hervorgehoben. Insgesamt zeigt sich, dass trotz der volatilen Rahmenbedingungen konkrete Maßnahmen und klare Zielsetzungen einschließlich Zieldaten für die Wettbewerbsfähigkeit der EU und der Vertiefung des Binnenmarktes verabredet wurden.²²

Europäische Sicherheit und Verteidigung

Der Krieg im Nahen Osten prägt die Schlussfolgerungen zu Sicherheit und Verteidigung deutlich. Während der Rat nicht müde wird zu betonen, dass die existentielle Bedrohung von Russland ausgeht, verlangt die erodierende geopolitische Lage eine ungekannte Dringlichkeit und Schnelligkeit in der Umsetzung der Agenda der Verteidigungsfähigkeit. So sollen angestoßene legislative Prozesse endlich abgeschlossen werden und konkrete Projekte bereits im April starten. Zudem schlugen Griechenland und Zypern während des Gipfels vor, einen konkreten Fahrplan zu entwerfen, wie Artikel 42 VII (EUV) als Beistandsklausel ausgelöst werden könne (ähnlich zum NATO-Artikel 5).²³ Die neue Dringlichkeit bringt außerdem Schwung in das verfahrenere deutsch-französische Projekt der Entwicklung eines FCAS-Kampfflugzeugs – so verständigten sich Merz und der französische Präsident Macron im Vorfeld des Gipfels, einen "finalen Mediationsversuch" bis Mitte April zu unternehmen.²⁴ Auch die geoökonomischen Auswirkungen des Krieges im Nahen Osten auf den Verteidigungssektor erkennt der Rat klar durch seine Antizipierung möglicher Lieferkettenausfälle an.

Migration

Wie auch auf den letzten Ratsgipfeln wurde das Thema Migration vor allem außerhalb des offiziellen Gipfels und seinen Schlussfolgerungen besprochen: beim inzwischen etablierten "Migrationsfrühstück" einiger Mitgliedstaaten kurz vor Gipfelbeginn, organisiert durch die Premierministerinnen Italiens und Dänemarks, Giorgia Meloni und Mette Frederiksen, sowie in einem sechsseitigen Brief²⁵ der Kommissionspräsidentin, Ursula von der Leyen, vom 15. März über die jüngsten Erfolge, Initiativen und aktuellen Herausforderungen der EU auf diesem Gebiet. Während der Brief unter anderem den Rückgang irregulärer Grenzübertritte um 25% im Jahr 2025 herausstellt²⁶ und an zahlreichen Beispielen überzeugend die Wichtigkeit der europäischen Migrationsdiplomatie mit Drittstaaten darlegt, soll es bei dem informellen Migrationstreffen vorwiegend um die Suche nach "innovativen Lösungen" und die Schaffung eines Rechtsrahmens zur Erleichterung von Rückführungen gegangen sein.²⁷ Die Verlagerung der tiefergehenden Auseinandersetzung mit dem Thema Migration an andere Orte erklärt zum einen, warum Migration in den Schlussfolgerungen zwar als Priorität bezeichnet, jedoch kaum besprochen wird, und zeigt zum anderen die Schwierigkeiten des Rats, jenseits der Umsetzung des umfangreichen neuen EU-Migrations- und Asylpakts²⁸ hier auf eine gemeinsame Linie zu kommen. Was dabei ausbleibt, ist eine Diskussion darüber, wie Europas Migrationsdiplomatie verbessert werden kann.

Fazit

Wie so oft wurde auch dieser Europäische Rat von akuten Krisen dominiert – allen voran von der Eskalation im Nahen Osten und der Blockade des EU-Hilfspakets für die Ukraine. Dies verdeutlicht, wie sehr die EU nach wie vor von externen Entwicklungen und internen politischen Agenden Einzelner beeinflusst wird. Insbesondere das außenpolitische Handeln der USA, das bereits den Grönland-Gipfel im Januar und nun auch die Debatten zum Nahen Osten bestimmte, versetzt die Union zunehmend in Zugzwang. Gleichzeitig haben die aktuellen geopolitischen Spannungen, etwa im Iran-Kontext, die Bedeutung der Wettbewerbsfähigkeit nicht relativiert, sondern vielmehr zusätzlich unterstrichen.

²¹ [Eight countries warn EU not to weaken carbon market, document shows | Reuters](#)

²² [Europäischer Rat: EU will Viktor Orbán tunneln](#)

²³ [EU leaders fail to unblock €90B Ukraine loan – POLITICO](#)

²⁴ [Mediators will attempt to resolve FCAS fighter jet dispute by mid-April | Euractiv](#)

²⁵ [EUCO-Migration-Letter-UvdL_15-March-2026.pdf](#)

²⁶ [Irregular arrivals to the EU - 2008-2025 - Consilium](#)

²⁷ [Il Presidente Meloni a Bruxelles | www.governo.it](#)

²⁸ [How the EU manages migration flows - Consilium](#)

Umso dringlicher erscheint nun der Ruf nach größerer strategischer Eigenständigkeit – ganz im Sinne von Bundeskanzler Friedrich Merz, der im Vorfeld des Gipfels in seiner Regierungserklärung im Bundestag betonte, Europa müsse geschlossener auftreten und dürfe sich „nicht länger unter Wert verkaufen“.²⁹ Der erste Lackmustest fällt jedoch verhalten aus: Zwar zeigte die EU mit Blick auf den Iran eine gewisse Geschlossenheit, doch kann dies über die herbe Enttäuschung des immer noch ausbleibenden Hilfspakets für die Ukraine nur bedingt hinwegtäuschen.

Am Ende bleibt die Hoffnung: Gerade im Bereich der Wettbewerbsfähigkeit konnte der Gipfel einige zentrale Leuchtturmprojekte voranbringen. Dies zeigt, dass die EU zumindest in einzelnen Politikfeldern weiterhin in der Lage ist, die notwendigen Reformen einzuleiten. Dies ist auch dringend notwendig, denn wie Bundeskanzler Merz im Anschluss des Gipfels betonte: „Europa wird sich in dieser Welt nur behaupten können, wenn es selbst wirtschaftlich stark und verteidigungsfähig wird“.³⁰

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Beatrice Gorawantschy

Leiterin des Europabüros

Europabüro Brüssel

www.kas.de/bruessel

beatrice.gorawantschy@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)

²⁹ [Merz im Bundestag: Europa muss vereint seine Stärke ausspielen](#)

³⁰ [Pressekonferenz des Kanzlers nach dem Europäischen Rat | Bundesregierung](#)